



Ulrich Kober

Integration braucht Bildung

Wie die Integration von Migrantenkindern im Bildungssystem vor Ort gelingen kann

Bildung spielt eine Schlüsselrolle für die erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung für die Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Bildungsprozesse sind deshalb immer auch Integrationsprozesse. In den Kindergärten und Schulen unseres Landes werden einmalige Chancen für erfolgreiche Integrationsprozesse eröffnet oder verspielt.

Müssen Migrantenkinder im deutschen Bildungssystem scheitern?

Im Lichte der aktuellen empirischen Bildungsforschung kann heute niemand mehr bezweifeln, dass Migrantenkinder einen schwierigen Stand im deutschen Bildungssystem haben. Während Länder wie Australien, Kanada und Neuseeland die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien kompensieren, scheint das deutsche Bildungssystem diese eher zu verschärfen (vgl. der zweite Bildungsbericht für Deutschland von 2006, S. 178-179):

- ❑ Vorzeitige Einschulungen von ausländischen Kindern waren 2004 etwa halb so hoch, verspätete Einschulungen jedoch doppelt so hoch wie bei den Schülern insgesamt.
- ❑ Schüler mit Migrationshintergrund haben nicht nur mehr Schwierigkeiten, auf höhere Schularten zu gelangen, sondern auch größere Schwierigkeiten, sich dort zu halten: Insbesondere Jugendliche mit türkischem Hintergrund und Aussiedler besuchen am häufigsten eine Hauptschule, während der Schwerpunkt bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund und aus sonstigen Staaten auf dem Realschul- und Gymnasiumsbesuch liegt.
- ❑ Nach den Befunden der PISA-Studie verfügen über 40 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur über eine geringe Lesekompetenz, während es bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund nur 14 Prozent sind.
- ❑ Der Weg in eine qualifizierte Ausbildung ist für Jugendliche aus Zuwandererfamilien schwieriger als für ihre Altersgenossen, bei den Studienberechtigten sind sie stark unterrepräsentiert.

Sozialethisch sind diese Befunde als Phänomene struktureller Ungerechtigkeit zu werten. Die Kirchen, die als Seismografen sozialer Schief lagen begriffen werden können, sprechen dazu eine deutliche Sprache. In ihrer Schrift „Das Soziale neu denken“ von 2003 bezeichneten die katholischen deutschen Bischöfe die

Ungleichheit im Bildungsbereich als „eine der großen sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts“ (S. 24). Die evangelische Kirche stellt in ihrer Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ von 2006 das Schulsystem explizit auf den Prüfstand: „Das deutsche System der Elementar- und Schulbildung schützt im Ergebnis nicht nur zu wenig vor Armut, sondern weist erhebliche selektive Strukturen auf, die materielle, kulturelle und soziale Trennungen reproduzieren. (...) Ein neuer Geist der Wertschätzung und Beteiligung muss die in der Bildung vorhandenen Tendenzen zur Ausgrenzung und Entsolidarisierung überwinden“ (S. 12).

Die Bildungsbenachteiligung der Migrantenkinder in Deutschland rief mittlerweile sogar die Vereinten Nationen auf den Plan. 2006 besuchte ein UN-Sonderberichterstatter für Bildung Deutschland und kritisierte insbesondere die starke Abhängigkeit des individuellen Bildungserfolgs vom sozialen Hintergrund und die frühe Weichenstellung im deutschen Schulsystem, die sich für Kinder mit Migrationshintergrund negativ auswirke.

Sprengstoff für die Kommunen

Die im deutschen Bildungssystem nicht kompensierte Bildungsbenachteiligung der Migrantenkinder wirkt sich besonders dramatisch im kommunalen Raum aus. Hier in den Kreisen und Städten sind die Auswirkungen zu spüren, wenn Kinder und Jugendliche in der Schule scheitern, wenn Anschlüsse von der Schule in die Ausbildung nicht gelingen und wenn Jugendliche aus Migrantenfamilien nur geringe Chancen auf das Abitur haben. Für die Kommunen, denen sich die Aufgabe sozialer Integration vor Ort stellt, sind diese Befunde Sprengstoff (vgl. Abbildungen 1 bis 3)¹.

Die Kommunen können diese systemisch bedingte Ungleichheit nicht einfach hinnehmen und beispielsweise auf die Zuständigkeit des Landes für die Schulpolitik hinweisen. Die traditionelle und typisch deutsche Aufsplittung der Zuständigkeiten im Bildungswesen erweist sich als kontraproduktiv. Im Blick auf die Bildungsbenachteiligung von Migrantenkindern ist sie geradezu als organisierte Unverantwortlichkeit zu qualifizieren. Benachteiligte Kinder und Jugendliche brauchen einen integrativen und bruchlosen Ansatz bei ihrer Förderung im Bildungswesen. Dazu müssen institutionelle Grenzen überwunden werden, z. B. zwischen Kindergärten und Schulen oder zwischen Schulen und Jugendhilfe.

¹ Die Bertelsmann Stiftung hat gemeinsam mit dem Integrationsministerium NRW Kennziffern für Integration entwickelt und im Wegweiser Demographischer Wandel der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht.



Es geht auch anders: der Deutsche Schulpreis für eine Grundschule mit 83 Prozent Migrantenkindern

Aber es geht auch anders. Es gibt Schulen, die die Bildungsbenachteiligung von Migrantenkindern kompensieren und deren Integration erfolgreich fördern. Eine solche Schule gewann Ende 2006 den Deutschen Schulpreis: die Grundschule Kleine Kielstraße in Dortmund.²

Tatsächlich gelingt dieser Schule, die mitten in einem „sozialen Brennpunkt“ der Dortmunder Nordstadt liegt, was dem Schulsystem im Ganzen misslingt. 83 Prozent der Schüler kommen aus Migrantenfamilien mit oft schwieriger sozialer Situation und Deutsch als Zweitsprache. Trotzdem hat die Schule es geschafft, von den 72 Viertklässlern aus dem Jahrgang 2004 zwei Drittel aufs Gymnasium oder die Gesamtschule zu schicken, darunter 42 Migrantenkinder.

Was ist das Erfolgsgeheimnis dieser Grundschule?

- Die Förderung der Kinder beginnt früh: Schon neun Monate vor der Einschulung macht sich die Schule mit Lebenssituation und Entwicklungsstand der Kinder vertraut und berät die Eltern.
- Die Schule entwickelt den Unterricht weiter: So gehen Erst- und Zweitklässler gemeinsam in eine Klasse, wodurch das selbstständige und kooperative Lernen der Schülerinnen und Schüler in den Fokus rückt.
- Eine pädagogische Teamkultur hat sich etabliert. Die Lehrer bereiten ihren Unterricht gemeinsam vor. Die Türen zu den Klassenzimmern stehen immer offen.
- Es gibt eine starke Schulkultur. Die Schule als Institution sorgt für ein ansprechendes Lernklima und überlässt es nicht jeder einzelnen Lehrkraft, ein solches Klima herzustellen. Gewalt wird z. B. institutionell nicht geduldet.

² Diese Auszeichnung wurde 2006 zum ersten Mal von der Robert Bosch Stiftung und der Heidehof Stiftung vergeben. 481 Schulen hatten sich beworben, und 18 kamen in die engere Wahl. Infos zum Wettbewerb und zur Gewinnerschule unter www.stern.de/politik/deutschland/578259.html

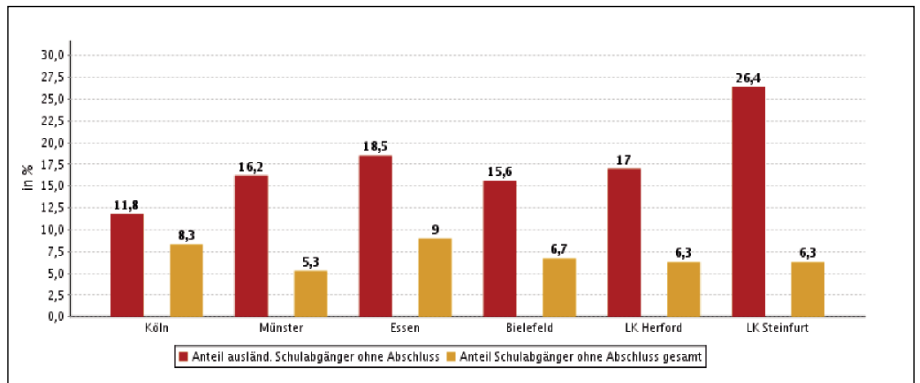


Abb. 1: Vergleich des Anteils der Schulabgänger ohne Abschluss zwischen ausländischen Schülern und der Gesamtschülerzahl in ausgewählten Kommunen NRW (Quelle: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Demographischer Wandel)

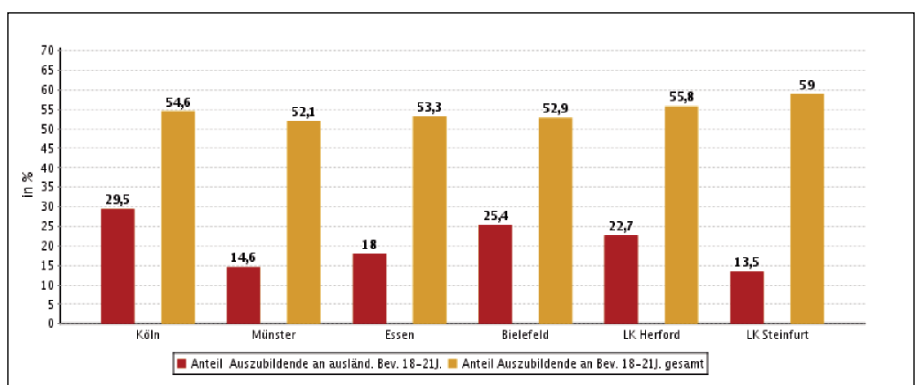


Abb. 2: Vergleich des Anteils Auszubildender an ausländischer Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Kommunen NRW (Quelle: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Demographischer Wandel)

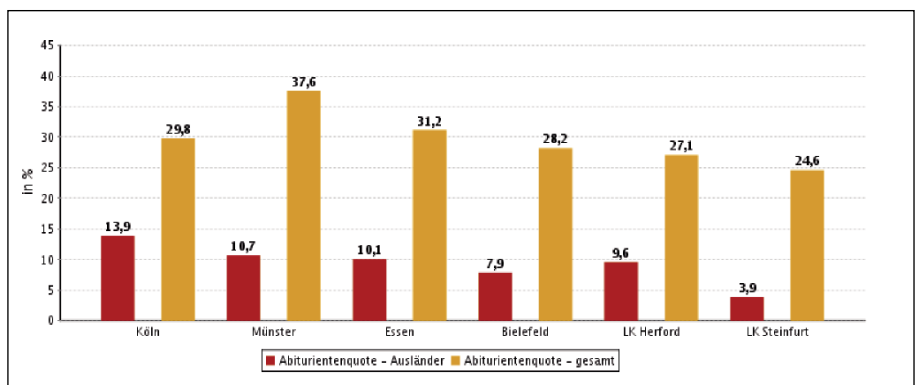


Abb. 3: Vergleich der Abiturientenquoten zwischen ausländischen Schülern und der Gesamtschülerzahl in ausgewählten Kommunen NRW (Quelle: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Demographischer Wandel)

- Die Schule betreibt eine intensive Elternarbeit. Sie nimmt die Eltern in die Pflicht, aber auch in ihre Obhut. Die Eltern werden per Vertrag zur Mitarbeit verpflichtet.
- Die Schule versteht sich explizit als Stadtteilschule. Die pädagogische Arbeit berücksichtigt die Gefährdungen und Belastungen, aber auch die Chancen einer sozial komplexen und multiethnischen Lebenswirklichkeit.
- Die Schule betreibt ein modernes Qualitätsmanagement. Schulleiterin und Lehrkräfte wurden im Schulmanagement fortgebildet. Eine schulische Steuergruppe koordiniert ge-



meinsam mit der in ihrer Leitungsrolle gestärkten Schulleiterin den Schulentwicklungsprozess.

Ein zentraler Erfolgsfaktor fand in der Öffentlichkeit eher wenig Beachtung. Die Schule beteiligt sich gemeinsam mit der Stadt Dortmund und mittlerweile über 50 Dortmunder Schulen am Projekt „Selbstständige Schule“, das die Bertelsmann Stiftung mit dem Schulministerium NRW trägt. Charakteristisch für dieses Projekt ist der Fokus auf der konkreten Verbesserung des Unterrichts durch eine Doppelstrategie: Es geht einerseits um die Stärkung der Verantwortung der Einzelschule durch eine systematische Qualitätsentwicklung und zugleich um die Stärkung der regionalen Verantwortung für die Schul- und Bildungslandschaft (vgl. Projektleitung „Selbstständige Schule“ 2004). Die Stadt Dortmund, die systematisch immer mehr Schulen in das Projekt einbezieht, engagiert sich mit einem regionalen Bildungsbüro für die Schulen in der Region und hat einen regionalen Entwicklungsfonds eingerichtet, in den kommunale und Mittel des Landes einfließen. Aus dem Fonds werden Fortbildungsmaßnahmen für das systematische Qualitätsmanagement von Schulen (Schulmanagement, Unterrichtsentwicklung, Evaluationsberatung) finanziert. „Selbstständige Schulen“ verstehen sich als Teil einer lebendigen regionalen bzw. kommunalen Bildungslandschaft (vgl. Lohre/Kober 2004). Eine solche Bildungslandschaft bringt zusammen, was zusammengehört: innere und äußere Schulangelegenheiten, Schule und Jugendhilfe, Schule und Zivilgesellschaft, Schule und lokale Wirtschaft.

Weichenstellungen für den Erfolg von Migrantenkindern im Bildungssystem

Schulen sind zentrale Orte der Integration. Die Grundschule Kleine Kielstraße in der regionalen Bildungslandschaft Dortmund zeigt exemplarisch, wie Kinder aus Migrantenfamilien erfolgreich integriert werden können. Die Schule wird dabei von einer Kommune unterstützt, die im Interesse der Kinder und Jugendlichen vor Ort für den systematischen Aufbau einer regionalen Schul- und Bildungslandschaft investiert.

Es gibt in Deutschland viele solcher Schulen in engagierten Kommunen, für die Bildung und Integration Priorität besitzen. Aber es müssen die Weichen gestellt werden, damit alle Schulen so arbeiten können. Im Einzelnen sind aus Sicht der Bertelsmann Stiftung für die erfolgreiche Integration von Migrantenkindern folgende Aspekte von zentraler Bedeutung.³

□ Kinder früher fördern

Die Förderung und Integration von Kindern mit Migrationshintergrund sollte grundsätzlich so früh wie möglich beginnen. Hier haben Kindertageseinrichtungen eine besonders wichtige Funktion, weil Kinder spielerisch nicht nur den Umgang mit Gleichaltrigen lernen, sondern auch ihre Sprache und Kultur.

Professionelle Elternarbeit muss bereits ab der Geburt der Kinder ansetzen, um die Eltern zu unterstützen. Sie erstreckt sich auch auf die gesundheitliche Prävention, beispielsweise bei den Vorsorgeuntersuchungen. Hier empfiehlt sich die Zusammenarbeit der zuständigen Institutionen mit Migrantenselbstorganisationen, die ihrerseits für Integrationsbereitschaft werben, beispielsweise mit Hausbesuchsprogrammen.

Wichtig für die Qualität der Förderung der Migrantenkinder in den Kindertagesstätten ist eine bessere Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher, die über interkulturelle Kompetenz verfügen müssen. Die Einstellung von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund sollte aktiv unterstützt werden.

□ Sprachkompetenz fördern

Sprache ist der wichtigste Schlüssel zur Integration, wobei sich Integration nicht in Sprachförderung erschöpfen kann. Sprachförderung muss so früh wie möglich einsetzen. Auch die Eltern sind in die Sprachförderung der Migrantenkinder einzubeziehen, beispielsweise durch „Mama-lernt-Deutsch-Kurse“. Im Sinne eines ganzheitlichen Sprachförderungsansatzes ist die Bedeutung der muttersprachlichen Kompetenz zu beachten.

□ Schule für die Einwanderungsgesellschaft fit machen

Es geht nicht an, dass sich in einem Schulsystem Migrantenkinder in „Restschulen“ konzentrieren. Deutschland muss bei der Suche nach einem besseren und gerechteren Schulsystem aus seiner ideologischen Sackgasse heraus. Das Hinterfragen der Legitimation eines gegliederten Schulsystems, dessen Selektionsmechanismen de facto nicht begabungsfördernd, sondern diskriminierend wirken, darf kein Tabu sein. Deutschland braucht einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass die Schule jedes Kind und jeden Jugendlichen mitnehmen und fördern soll. Einige Bundesländer haben sich endlich auf den Weg zu einem integrativeren Schulsystem gemacht, das mittelfristig die auch demografisch unhaltbare Drei- und Mehrgliedrigkeit der Schulen überwindet.⁴

Eine neue Schule, die den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft gerecht wird, betreibt eine professionelle Elternarbeit gerade auch mit Eltern aus Migrantenmilieus. Schule und Eltern ziehen gemeinsam an einem Strang, um unter Bedingungen kultureller Differenz die Förderung und Integration der Kinder zu unterstützen. Wie im Bereich der Kindertagesstätten so sollte auch im Schulsystem die Einstellung von Lehrern mit Migrationshintergrund sowie die interkulturelle Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften vorangetrieben werden.

Eine Schule in der Einwanderungsgesellschaft braucht innovative Konzepte für die Vermittlung von Demokratiekompetenz und Toleranz auf der Grundlage einer systematischen Menschenrechtserziehung (vgl. Hormel/Scherr: „Bildung für die Einwanderungsgesellschaft“, 2005). Die neuen Erkenntnisse der differenzierten Koedukation und die Reflexion traditioneller

³ Vgl. „Integration braucht Bildung!“ Policy Paper der Bertelsmann Stiftung – die folgenden Ausführungen sind daraus teilweise wörtlich entnommen.

⁴ Zuletzt hat Hamburg durch die Einführung der Stadtteilschule neben dem Gymnasium das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft.



männlicher und weiblicher Rollenmuster müssen Eingang in den Schulalltag finden. Der Islam braucht einen schulischen Ort – wie das Christentum und das Judentum. Die Hindernisse zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts auf Seiten der Schulbehörden und der islamischen Organisationen müssen endlich überwunden werden.

□ *Partizipation fördern*

Die Beteiligung an Entscheidungsprozessen in Schule und Gemeinwesen ist ein wirksames Instrument zur Verbesserung der Integration und Teilhabe gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund erfahren durch die aktive Einbeziehung in Beteiligungs- und Gestaltungsprozesse eine Stärkung ihrer Kompetenzen sowie gesellschaftliche Anerkennung. Ein Königsweg zur Verstärkung sozialer Integration ist die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten.

□ *Kommunales Integrations- und Bildungsmanagement etablieren*

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche und – auf die lokale Ebene heruntergebrochen – eine gesamtstädtische Querschnittsaufgabe, die systematisch angegangen werden muss. Gefragt sind Handlungskonzepte und eine klare Prioritätensetzung.⁵ Eine erfolgreiche kommunale strategische Integrationspolitik setzt die Kooperation der Kommunen mit den Schulen, der Jugendhilfe, der Wirtschaft, den Migrantenselbstorganisationen sowie Verbänden und Vereinen vor Ort voraus. Unverzichtbar ist dabei ein aktives kommunales Bildungsmanagement, das effektive und intelligente Lösungsansätze für die besonderen Herausforderungen vor Ort entwickeln kann. Wenn sich z. B. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in bestimmten Schulen konzentrieren, dann müssen Kommunen in der Lage sein, die Unterstützungsressourcen zielgerichtet einzusetzen. Unabdingbar im Rahmen des kommunalen Schulmanagements ist zudem eine durch die Kommune koordinierte Vernetzung von Schulen mit ortsansässigen Betrieben und Unternehmen, die auch die Berufsorientierung der Schulen stärkt.

In die Zukunft investieren

Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungswesen kann gelingen, wenn Integration als Querschnittsaufgabe in allen wichtigen gesellschaftlichen Feldern begriffen und insbesondere Chancengerechtigkeit hergestellt wird. Wer sich mit Bildungsbenachteiligung abfindet, die zu mangelnder Beschäftigung und damit zu Integrationsdefiziten führt, verweigert Kindern und Jugendlichen eine faire Chance und gefährdet den sozialen Frieden. Deshalb hat Integration Priorität. Für diese gesellschaftliche Priorität müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Es geht darum, nach über 50 Jahren endlich in die Zukunft zu investieren, damit Kindertagesstätten und Schulen den Herausforderungen einer

Einwanderungsgesellschaft gerecht werden. Eine Schlüsselrolle für die entsprechende Weiterentwicklung des Bildungs- und Schulwesens spielt die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Schul- und Bildungsbereich, die das Denken in Zuständigkeiten überwindet: Land und Kommunen müssen gemeinsam Verantwortung für die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen übernehmen. In dieser staatlichkommunalen Verantwortungsgemeinschaft können Regionen stärker mitgestalten, um Integrationsdefizite vor Ort anzugehen.

Aber es geht nicht nur um Ressourcen und neue Strukturen. Vielmehr braucht es eine tief greifende Änderung mentaler Modelle in Deutschland. Das Land, das sich quälend lange zur Anerkennung der Tatsache der Einwanderungsgesellschaft durchgerungen hat, muss sich endgültig von den immer noch tief sitzenden Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft verabschieden. Nur dann wird es die bestehende Bildungsbenachteiligung der Migrantenkinder als das wahrnehmen, was sie ist: ein gesellschaftspolitischer Skandal erster Ordnung. Nur dann wird das Land die Kraft gewinnen, wirkungsvolle Modelle für eine Gesellschaft des kulturellen Miteinanders zu entwickeln, in der Konflikte produktiv bearbeitet werden und jedes Kind – unabhängig von seiner Herkunft – die gleiche Chance bekommt, sich und sein Potenzial zu entfalten.

Ulrich Kober

Leiter des Kompetenzzentrums Demokratie und Integration der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Quellen:

Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005

Hormel, Ulrike, und Scherr, Albert: „Bildung für die Einwanderungsgesellschaft“, in: Bertelsmann Stiftung, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 1: Ergebnisse der Recherche, Gütersloh 2005, S. 80-145

Integration braucht Bildung! Policy Paper der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2006

Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006

Lohre, Wilfried/Kober, Ulrich: Gemeinsame Verantwortung für die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Die Bedeutung regionaler Bildungslandschaften im Projekt „Selbstständige Schule“, in: Regionale Bildungslandschaften. Grundlagen einer staatlichkommunalen Verantwortungsgemeinschaft, hg. von Projektleitung „Selbstständige Schule“, Troisdorf 2004

Projektleitung „Selbstständige Schule“: Verantwortung für Qualität. Band 1: Grundlagen des Projekts, Troisdorf 2004

⁵ Vgl. die Beispiele für erfolgreiche Strategien kommunaler Integrationspolitik in Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Inneren (2005)